

Kreisbote

21. 12. 2011

Tränen am Ende der Sitzung

Landkreis beantragt vorerst kein weiteres Gymnasium / Trägerschaft und Finanzierung klären

Herrsching – Das Landratsamt Starnberg wird vorerst keinen Antrag für den Bau eines zweiten Gymnasiums für den Landkreis-Westen beim Kultusministerium stellen. In einer Kampfabstimmung am Montag setzten sich mit zwei Stimmen Mehrheit 27 Kreisräte mit ihrer Forderung durch, zuerst die Ergebnisse des Schulentwicklungsplans abzuwarten und die Trägerschaft zu regeln.

Am Ende der teilweise emotional geführten Debatte flossen auf der Zuschauertribüne sogar Tränen. Die Eltern-Initiative, die seit zwei Jahren für ein weiteres Gymnasium mit Sitz in Herrsching kämpft, rechnete offenbar mit einem vorgezogenen Weihnachtsgeschenk der Kreispolitiker. Mit Blick auf die Mehrheitsbeschlüsse aus dem Kreisentwicklungs- und Kreisausschuss war man sich am Montag wohl sicher, dass eine Antragstellung noch in diesem

Jahr erfolgt. Vor allem störten sich die Kreisräte an der unregelmäßigen Trägerschaft und somit der Finanzierung, auch der laufenden Kosten. Die beiden Bürgermeister aus Gauting und Starnberg, Brigitte Servatius (SPD) und Ferdinand Pfaffinger (UWG), brachten die Stimmung bei den Kritikern des von Landrat Karl Roth (CSU) propagierten Vorgehens auf den Punkt: „Warten wir doch zuerst das Ergebnis des Schulentwicklungsplans ab“, so die Gautinger

Rathauschefin. Und ihr Starnberger Amtskollege machte deutlich, was er davon hält, ohne ein beschlossenes Finanzierungskonzept einen Antrag in München zu stellen: „Die Reihenfolge muss eine andere sein.“

Auf deutliche Ablehnung ist weiter der Antrag der Kreis-Grünen gestoßen, statt eines Gymnasiums generell die Gründung weiterführender Schulen zu beantragen. Fraktionssprecher Anton Maier warb dafür, „verschiedene

Schulzweige unter einem Dach zu vereinen“. Was von Eva-Maria Klinger (CSU) zwar nicht rundweg abgelehnt wurde, „jetzt aber machen wir das Gymnasium und dann kümmern wir uns um eine BOS oder FOS“. Auf Ulrich Ellwanger (ÖDP) Vorschlag, zuerst Trägerschaft und Finanzierung zu klären, konnten am Ende auch Rupert Monn und Anita Painhofer (CSU) einschwenken, so dass es für den Verwaltungsvorschlag keine Mehrheit mehr gab.

po